

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Südstadt

Belegpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 4,00 M., durch die Post bezogen monatlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 12,50 M., Einzelnummer 1,50 M., Sonntagsnummer 2,00 M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wittenerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wittenerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Originalzeile Nonpareilgröße 300 M., anwärts 375 M., die halbe Originalzeile 1200 M., anwärts 1500 M., Ausland 2400 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietzettel 40 Proz. Rabatt. Für Dreimonatsfrist 150 M.

Nr. 55

Dresden, Dienstag den 6. März 1923

34. Jahrg.

Die Wendung der englischen Politik

In jahrhundertlangem Kampf gegen die jeweils stärkste europäische Macht, hat England seine europäische Vormachtstellung gewonnen, hat es nacheinander Spanien, Holland und Frankreich niedergedrückt und im letzten Jahrhundert die russischen Weltmachtpläne durchkreuzt. Dabei es stets geschickt verstand, diese Kämpfe mit Hilfe anderer Staaten zu führen oder von anderen Staaten führen zu lassen. (Den einzigen Krieg, den England allein führte — nämlich gegen die Vereinigten Staaten — hat es verloren!) Seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts war England in einer einzigartigen Lage: ohne sich nach irgendeiner Seite zu binden, ohne zu den riesigen Rüstungen gezwungen zu sein wie die Festlandstaaten, bildete es das Bindeglied an der Wage zwischen den beiden europäischen Mächtegruppen, dem Dreikönig und dem französisch-russischen Pakt, und beherrschte so den Kontinent. Eine Lage, die es trefflich auszunutzen verstand, jederzeit bereit, unter der Parole „Erhaltung des europäischen Gleichgewichts“ derjenigen Macht oder Mächtegruppe entgegenzutreten, die dieses Gleichgewicht zu stören drohte.

Aber die Entwicklung von Handel und Verkehr machte nicht Halt vor den politischen, meist nach militärischen Gesichtspunkten gezogenen Landesgrenzen. Die Entwicklung der Warenverkehrswege drängte zu einem Zusammenstoß immer größerer Wirtschaftskreise, führte zu einer Annäherung der europäischen Festlandstaaten. Die Isolation, die glänzende Isolierung Englands drohte aus einem Vorteil zu einer Gefahr für das Inselreich zu werden. Bereits während des japanisch-chinesischen Krieges 1894 fanden sich Deutschland, Frankreich und Rußland zu einem gemeinsamen Borgehen gegen Japan zusammen, das dadurch um die Früchte seines Sieges über China gebracht wurde. Ein gleiches Schicksal drohte England während des Burenkrieges, als Rußland, im Februar 1900, den Deutschen ein Bündnis anbot, um gemeinsam mit den andern Weltmächten Segnungen Englands dem britischen Vorgehen in Südafrika entgegenzutreten. Aber Deutschland lehnte ab.

Die englische Regierung erkannte frühzeitig die Gefahr. Schon im Sommer 1893 machte Chamberlain Deutschland den Antrag, unter Einzigung der Vereinigten Staaten ein panamerikanisches Bündnis herzustellen. Zwei Jahre später erfolgte ein neues Bündnisangebot, und Anfang 1901 ein drittes, dieses Mal war Japan als Dritter im Bunde vorgesehen. Alle drei Bündnisangebote wurden von Deutschland zurückgewiesen. Die Möglichkeit, daß England auf der andern Seite, bei Frankreich, Anschluss finden könnte, wurde in Berlin glatt verächtlich. War doch in Frankreich die Erinnerung an die Demütigung von Fachoda unvergessen, wo man 1895 vor den Engländern in unruhigster Weise zurückweichen mußte. Zudem war 1902 nach der Verständigung der deutschen und französischen Finanzleute auch eine diplomatische Annäherung zwischen den beiden Ländern erfolgt. Aber die englische Diplomatie machte das für unmöglich gehaltene möglich. Im Frühjahr 1903 erichien Eduard VII. in Paris, und am Tage nach seiner Abreise trat die französische Finanzgruppe von dem Bagdadbahnkonsortium zurück, und das deutsch-französische Syndikat war zerlegt. Ein Jahr später war die Entente cordiale zwischen England und Frankreich geschlossen.

Diese Wendung der englischen Politik im 20. Jahrhundert von der Isolation zur Entente cordiale muß man sich vor Augen halten, wenn man die Politik der englischen Regierung nach dem Weltkrieg verstehen will. Wäre die englische Politik der Gegenwart noch dieselbe wie im neunzehnten oder in den vorhergehenden Jahrhunderten, in denen sie stets die führende Macht auf dem europäischen Kontinent bekämpfte, so hätte sie längst den Franzosen auf das entscheidende entgegengetreten müssen. Und diejenigen, die die Wendung der englischen Politik im 20. Jahrhundert nicht erkannt und daher mit dem englisch-französischen Gegensatz, oder gar mit einem Bruch der Entente gerechnet haben, sind immer und immer wieder auf das Schwere enttäuscht worden. Die englische Regierung — ganz gleich, ob sie Lloyd George oder Bonar Law heißt — hält an dem Bündnis mit Frankreich fest. Was die Politik Poincarés den Engländern noch so unpopulär, un bequem, ja gefährlich erscheinen, alle Erklärungen der englischen Regierung, mehr noch ihr Verhalten, ihr Entgegenkommen gegenüber den französischen Wünschen, z. B. im Ruhrgebiet, beweisen, wie sehr man sich in London hütet, mit Frankreich zu brechen.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, diese Politik sei diktiert von der Angst vor dem militärischen Uebergewicht Frankreichs. Schließlich ist Frankreich selbst unter den gegenwärtigen Umständen nicht so stark, um es auf einen Kampf gegen England ankommen lassen zu können, und schließlich verfügt England nicht nur über militärische Waffen. Aber selbst von seinen wirtschaftlichen und finanziellen Druckmitteln hat es — so weit man das von hier aus beurteilen kann — wenig oder gar keinen Gebrauch gemacht, um Frankreich den englischen Bündnis zu machen. Gewiß erkennt man auch in London, daß sich die gegenwärtige französische Politik letzten Endes gegen England richtet. Aber vielleicht, oder gar wahrscheinlich, rechnet man in London damit, daß sich die französische Kriegsmaschine über kurz oder lang festfahren muß. Daß die Politik Poincarés genau so über die Kraft des französischen 40 Millionen Volkes geht, wie die Weltmachtspolitik der Hohenzollern über die Kraft des deutschen Volkes gegangen ist.

Natürlich bedeutet diese Haltung Englands keinen Frei-

brief für die französische Politik, etwa wie ihn Wilhelm II. den Oesterreichern während des serbischen Konfliktes 1911 ausgestellt hatte. Sider hat auch das Festhalten an dem französischen Bündnis für England eine Grenze. Aber bisher hat sich weder die französische Orientpolitik, noch die Ruhrbesetzung als eine zu starke Belastung für die Entente erwiesen.

Auch Deutschland, das muß immer wieder ausgesprochen werden, hat kein Interesse, weder an einem Bruch zwischen England und Frankreich, noch an einem Krieg zwischen den beiden Ländern. Denn das eine hat uns der Weltkrieg mit keiner Müt- und Flammenschrift gezeigt: daß der moderne Krieg für die Völker — eine kleine Schicht von Offizieren und Kriegsgewinnlern ausgenommen — nur Not und Tod, Schmerz, Hunger und Elend bringt. Das gilt sowohl für die Sieger, wie für die Besiegten, für die Beteiligten, wie für die Unbeteiligten, die Neutralen.

Die englische Regierung sucht daher in dem Ausbau des Völkerbundes einen Weg zu finden, der England von den Fesseln des französischen Bündnisses erlösen könnte, ohne daß es zu einem Bruch mit Frankreich und zu einem neuen Kriege kommt. Ein Bestreben, das wir Sozialdemokraten nur unterstützen können. Dabei wir uns natürlich durch die Taten des bestehenden Völkerbundes nicht abreden lassen dürfen, einen wirklichen Völkerbund zu schaffen, d. h. einen Bund der Völker — nicht der Staaten, der Regierungen —, der die ihm gestellten Aufgaben lösen und künftige Kriege verhindern kann.

Erhöhung der Getreide- und Zuckerpreise

Vor einigen Tagen hatte der Zwanziger-Ausschuß den Preis des vierten und fünften Schiefels des Umlagegetreides durch Weizensteigerung auf 600 000 M. für die Tonne Roggen festgesetzt, während die Weizensteigerung für eine Verdreifung des dritten Schiefels auf 495 000 M. eintrat. Die Regierung hat nunmehr nur für das fünfte Schiefel des Umlagepreises auf 600 000 M. festgelegt und für das vierte Schiefel, das im allgemeinen im Laufe des Monats Januar zur Ablieferung kam und für das zum großen Teil Bezahlung bereits erfolgt ist, einen Preis von 500 000 M. bestimmt. Die Festsetzung des letzten Schiefels der Umlage des Wirtschaftsjahres 1922/23 hat man sich noch vorbehalten.

Die Preisfestsetzung wird vom Reichsernährungsministerium folgendermaßen begründet: Nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten würde die jetzige Erhöhung des Umlagepreises zusammen mit den Beschaffungskosten für das Umlagegetreide auch eine wesentliche Erhöhung des Getreideabgabepreises und des Weizensteigerungspreises der Reichsgetreidekasse erfordern. Mit Rücksicht auf die politische Lage und die Marktsituationen sind Maßnahmen, die die Reichsregierung jedoch einschließen, eine solche Erhöhung nicht eintreten zu lassen, um einer weiteren Verteuerung des Brotweizes damit vorzubeugen. Die der Reichsgetreidekasse dadurch entstehenden Verluste werden aus allgemeinen Mitteln der Finanzverwaltung getragen werden müssen.

Mushungering als Siegertaktik

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Die Direktoren der geplanten französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung im Ruhrgebiet treffen gegenwärtig die ersten Vorbereitungen zur Uebernahme ihres Amtes. Inzwischen sind die Militärs eifrig dabei, den neuen Männern die künftige Arbeit zu erleichtern. Sie „beschlagnahmen“ alles rollende Material, das ihnen vor die Finger kommt, so daß jetzt schon infolge Mangel an Verkehrsmitteln ein geregelter Zugverkehr unmöglich ist. Lebensmittelzüge aus dem Innern des Reiches können gegenwärtig noch in das Ruhrgebiet gefahren werden, aber auch diese Zufuhr kann bald in Frage gestellt sein, da die Franzosen die Zufuhr leerer Güterzüge reiflos unterbinden. D. h., daß die jetzt noch auf dem Eisenbahnwege vor sich gehende Ernährung der Bevölkerung dem Reich täglich mehrere Tausenden und ungefähre 200 Güterwagen kostet — ein Zustand, der schon im Verlauf mehrerer Wochen unhaltbar wird. Durch die Beschlagnahme der Verkehrsmittel ist natürlich auch jede andere Zufuhr lahmgelegt, da sich das Reich überlegen muß, zum Vergnügen der Franzosen fortgesetzt Wagen in das Ruhrgebiet laufen zu lassen, die wir jedenfalls vorläufig nicht wiedersehen werden.

Diese „Maßnahmen“ der Franzosen und Belgier zeigen immer deutlicher, welches Ziel mit der sogenannten Uebernahme der Eisenbahnen“ erstrebt wird. Es kommt ihnen gar nicht darauf an, einen regelrechten Betrieb zustande zu bringen, als vielmehr, jede Ein- und Ausfuhr, jeden Güter- und Personenverkehr, soweit er nicht durch sie direkt oder durch ihre Verfehle bewerkstelligt wird, lahmzulegen. Würde die Uebernahme der Eisenbahnen“ mit der ernsthaften Absicht verbunden sein, einen ordnungsgemäßen Verkehr zustande zu bringen, dann wäre es sinnlos, alles rollende deutsche Material auf die militarisierten Strecken zu verschleppen und die bisher nicht unter Militärkontrolle stehenden Linien dadurch reiflos brach zu legen. Es wird nicht lange dauern, dann werden, selbst wenn das Reich die Opfer nicht scheut, die ihm durch weitere Lebensmitteltransporte infolge Beschlagnahme der hierzu notwendigen Wagen entstehen, auch

Gleichzeitig mit der Festsetzung der Getreidepreise hat die Reichsregierung auch den Zuckerpreis für den Monat März festgesetzt. Hier lautet die Weizensteigerung des Weizensteigerungspreises auf 60 000 M. für den Zentner Zucker. Die Reichsregierung hat jedoch nur einen Preis von 51 000 M. angeordnet, indem sie einen Ausgleichschlag auf den früheren Zuckerpreis in Höhe von 9000 M. ableschte. Gleichzeitig hat sie sich aber grundsätzlich auf den Standpunkt der freien Wirtschaft für das nächste Zuckererntejahr gestellt, wodurch sie einen Rückgang des Zuckerrückens, der angeblich droht, vermeiden will.

Die bedenklichen Folgen der freien Wirtschaft für die Verbraucher will man dadurch herabmindern, daß eine angemessene Menge Rindfleisch für das Ende des Wirtschaftsjahres bereitgestellt wird, indem man die industrielle Zuckerverarbeitung entsprechend beschränkt. Mit Rücksicht auf die Verbraucher soll die freie Zuckerverwirtschaftung keine Freiheit der Zuckerausfuhr bedeuten. Dadurch soll verhindert werden, daß der deutsche Inlandszucker den an sich sehr hohen Weltmarktpreis erreicht. Da das gelingen wird, bleibt nach den unerfreulichen Erfahrungen, die das Verbraucher mit der freien Zuckerverwirtschaftung im Wirtschaftsjahr 1921/22 machen mußten, dahingestellt. Vielmehr wird die Entwicklung wieder dahin führen, daß Zucker zwar in genügender Menge für den Inlandsverbrauch vorhanden ist, daß aber der Preis für dieses in heutiger Zeit doppelt wertvolle Nahrungsmittel sich in einer Höhe bewegt, die es weiten Schichten des Volkes unmöglich macht, den Zucker abzunehmen.

Die Agrarier können jedenfalls mit der Regierung zum Zufrieden sein.

Die Reichstagskundgebung

Berlin, 6. März. (Fig. Draht.) Die für heute angekündigte Rede des Reichskanzlers wird kaum dem entsprechen, was man im Ausland und Inland auf Grund der Art ihrer Ankündigung hätte erwarten dürfen. Der Reichskanzler plant in der Hauptsache lediglich eine entschiedene Protesterklärung gegen die weitere Vergewaltigung deutschen Gebietes, er will ferner vor den Augen der Welt ein Bild über die Schandtatzen entwickeln, die sich das deutsche Volk bisher im Frieden hat bieten lassen müssen und beabsichtigt u. a. auch, von der Tribüne des Reichstages aus der Ruhrbevölkerung den Dank und die Anerkennung wegen ihres Verhaltens auszusprechen. Dem Prozeß des Vanglers werden sich voraussichtlich alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten anschließen. Der Regierungserklärung soll eine Debatte folgen.

Aus London wird gemeldet, daß englische Regierungskreise erkennen, man würde es sehr begrüßen, wenn die deutsche Regierung mittels, wieviel sie zahlen wolle. Man hoffe, daß die Rede des Vanglers in dieser Hinsicht bestimmte Vorschläge enthalten werde. Außerdem wünsche man von englischer Seite eine Erklärung der deutschen Industrie, daß sie die von der Regierung vorgeschlagene Reparationssumme gutheißt. — Pariser Blätter glauben, Reichskanzler Cuno werde den Abbruch der diplomatischen Beziehungen verkünden.

Das Berliner Tageblatt erzählt, daß die Reichsregierung ihren Verhandlungsvorschlag vom Dezember, den sie in Paris überreichten wollte, jetzt nicht belanzengebe werde, da sie sich wenig Wirkung davon verspreche.

die jetzt noch zur Lebensmittelförderung benutzten Linien für den deutschen Bedarf ausgeschaltet, und jede deutsche Lebensmittelzufuhr wird unmöglich gemacht. Von der Vahung des Personenverkehrs verpricht man sich Steigerung der Arbeitslosigkeit, da viele Arbeiter, Angestellte und Beamte nicht im Wohnort arbeiten und infolge Stilllegung der Eisenbahn nicht zur Arbeitsstelle gelangen können. Von der Unterbindung jedes Güterverkehrs erwartet Degoutte erhöhte Steigerung dieser Arbeitslosigkeit, die gleichzeitig mit einem Druck auf den Magen durch Erhöhung der Lebensmittelzufuhr auf das Gemüt der Bevölkerung wirken soll. So soll schließlich die allgemeine Unterernährung der Ruhrbevölkerung unter französischer Oberbefehl erzwungen werden.

Wir sind überzeugt davon, daß das im allgemeinen nicht so einfach ist, wie man es sich in Paris und Brüssel vorstellt, leider aber hat die Zermürbungstaktik Frankreichs auf einzelne schwache Subjekte schon Einfluß ausgeübt. Es gibt Leute im Westen Deutschlands — bisher nur wenige — die für Geld und gute Worte sich selbst und die in der Woche stehende Arbeiterschaft verraten haben, so daß der Reichspräsident genötigt war, eine Verordnung zu erlassen, die derartigen Landesverrat mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Wer einer operativen Arbeiterkraft in den Rücken fällt, nur um sich dadurch finanziell zu bereichern, trotzdem das Reich für Arbeitslose und Erwerbslose sowie diejenigen, die durch die Besetzung direkt oder indirekt Schäden erlitten haben, aufkommt, hat weder Anspruch auf milde Beurteilung noch Behandlung. Es ist heute zum Lebensinteresse des deutschen Volkes geworden, daß die Abwehraktion gegen die französischen Eroberungspläne Erfolg hat.

Unaufhörliche Ausdehnung der Besetzung

Elsersfeld, 6. März. Wie die Blätter melden, sind die Franzosen gefahren bis nach Grunenberg und dann nach Remscheid marschiert. Von Remscheid aus ging die Spitze der